

Antrag

der Abgeordneten Lamya Kaddor, Sandra Stein, Lukas Benner, Marcel Emmerich, Schahina Gambir, Dr. Konstantin von Notz, Marlene Schönberger, Lisa Paus, Dr. Sandra Detzer, Sylvia Rietenberg, Stefan Schmidt, Dr. Armin Grau, Awet Tesfaisus, Matthias Gastel und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Westbalkan-Kontingent für jährlich 50.000 Arbeitskräfte erhalten

Der Bundestag wolle beschließen:

Die Bundesregierung wird aufgefordert, das derzeit gültige Kontingent von 50.000 Zustimmungen jährlich beizubehalten, um auch künftig einen fairen und bedarfsgerechten Zugang für Arbeitskräfte aus den Westbalkanstaaten zum deutschen Arbeitsmarkt zu gewährleisten.

Berlin, den 14. Oktober 2025

Katharina Dröge, Britta Haßelmann und Fraktion

Begründung

Die Westbalkanregelung hat sich in den vergangenen Jahren als wirksames Instrument erwiesen, um dem Fachkräftemangel insbesondere im Handwerk, in der Bauwirtschaft und in Dienstleistungsbranchen wie dem Gastgewerbe entgegenzuwirken. Die Kontingentierung auf 50.000 Aufenthaltsgenehmigungen jährlich entspricht dem gestiegenen Arbeitskräftebedarf in Deutschland. Die Bundesregierung will dieses Kontingent jedoch ohne ersichtlichen Sachgrund halbieren. Eine Beibehaltung des derzeitigen Kontingents ist jedoch sachgerecht und im volkswirtschaftlichen Interesse unseres Landes.

